

Antrag Nr.



Fraktion im Rat der Stadt Essen

Herrn Oberbürgermeister
Thomas Kufen

Rathaus Porscheplatz

Kopstadtplatz 13,
45127 Essen
Telefon (02 01) 24 76 41 3
Fax (02 01) 24 76 41 9
E-Mail info@gruene-fraktion-essen.de

14.11.2018

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeiten
Rat der Stadt Essen	28.11.2018	Entscheidung

TOP: Haushalt 2019 - hier: Anträge im Bereich Mobilität

Sehr geehrter Oberbürgermeister,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, der Rat der Stadt Essen beschließt folgende Änderungen zum Haushaltsplan-Entwurf 2019:

Lfd. Nr.	GB	Maßnahme	Änderungen zum Haushaltsplanentwurf 2019
1	3	Erhöhung der Stellen für Verkehrsüberwachung Schaffung von mindestens vier Stellen für Verkehrsaufseher/innen zur Überwachung von Geschwindigkeitsüberschreitung, Parkverstößen und Parkgebühren.	- 200.000 €
2	3	Erhöhung der Einnahmen aus der Verkehrsüberwachung Durch den Einsatz von vier weiteren Stellen (VZÄ) als Verkehrsaufseher/innen (Überwachung von Geschwindigkeitsüberschreitung und Parkgebühren) können deutlich mehr Bußgelder bei Verkehrsverstößen eingenommen werden. Ein/e Verkehrsaufseher/in generiert im Schnitt Einnahmen von rund 80.000 €.	320.000 €
3	3	Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung Durch eine konsequente Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung in Innenstadt und in den Stadtteilzentren sowie eine Erhöhung der Parkgebühren können erhebliche Mehreinnahmen generiert werden, die insbesondere gezielt in den Umweltverbund aus Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV investiert werden sollten. Aktuell beträgt die Parkgebühr in der Parkzone 1 (Citykernbereich) bei einer Parkdauer von einer Stunde 2 €, in der Parkzone 2 (erweiterter Citybereich und Kernbereiche der größeren Stadtteilzentren) 0,80 €. Parken in der Parkzone 3 (Cityrandlage, Randbereiche größerer Stadtteilzentren sowie kleinere Stadtteilzentren) werden keine Gebüh-	3.000.000 €

		<p>ren erhoben, es gibt aber eine Parkscheibenpflicht. Aktuell betragen die Nettoerlöse aus den städtischen Parkeinrichtungen 2,9 Mio. € (Einnahmen in Höhe von ca. 4,9 Mio. € steht ein Aufwand von rund 2 Mio. € gegenüber).</p> <p>In Düsseldorf wird für einstündiges Parken in der Zone 1 hingegen 2,90 €, in der Zone 2 2,10 € und in der Zone 3 1,50 € verlangt. Die Stadt Düsseldorf hat Nettoerlöse aus der Parkraumbewirtschaftung in Höhe von 11,9 Mio. € bei einem Kostenaufwand von rund 1,4 Mio. €.</p> <p>In ein erweitertes Parkraumbewirtschaftungskonzept sollten auch Ermäßigungen für E-Fahrzeuge an gebührenpflichtigen Parkplätzen eingebettet werden.</p> <p>Die Begleitforschung zur Grünen Hauptstadt Europas Essen 2017, die von einem Team des Wuppertal Instituts, der Universität Duisburg-Essen, der Ruhr-Universität Bochum und der Technischen Universität Dortmund umgesetzt wurde, stellt in seinem Monitoringbericht vom 14. September 2018 folgendes fest: <i>„Je mehr Parkplätze u.a. im Innenstadtbereich angeboten werden, desto mehr Menschen werden auch das Auto für ihre täglichen Wege künftig weiter nutzen. Um den Anteil des motorisierten Individualverkehrs am Modal Split zu senken, ist ein zentrales Handlungsfeld das Parkraummanagement. Möglichkeiten zum Handeln bieten u.a. die kontinuierliche und zeitlich strukturierte Verknappung von Parkplätzen und die Erhöhung von Parkgebühren im Rahmen eines städtischen Parkraummanagements. Erfahrungen in anderen Städten zeigen, dass ein restriktives Parkraummanagement im Innenstadtbereich keinesfalls zu einer Senkung der Kaufkraft führt. Das Image von Essen als `Einkaufsstadt` wird dadurch nicht gefährdet.“</i></p>	
4	3	<p>Anschaffung von 20 Dienstpedelecs</p> <p>Die Stadtverwaltung schafft 20 Dienstpedelecs an. Flankiert sollte diese Anschaffung durch eine Aufnahme von Pedelecs in die städtische Dienstanzweisung über die dienstliche Benutzung privateigener und anerkannt privateigener Kraftfahrzeuge</p>	- 40.000 €
5	3	<p>Emissionsausgleich bei dienstlichen Flugreisen</p> <p>Fliegen ist die klimaschädlichste Fortbewegungsart. Bei Dienstflügen städtischer Bediensteter, die sich nicht vermeiden lassen, sollten zumindest die Treibhausgase kompensiert werden. Als seriöse Organisation für einen Emissionsausgleich gilt „atmosfair gGmbH“, die unvermeidbare Emissionen in hochwertigen Klimaschutzprojekten nach dem CDM Gold Standard kompensiert. Die Stadt Bonn beispielsweise kompensiert nicht vermeidbare Flugreisen seit 2011 über „atmosfair“.</p>	- 8.000 €
6	6A	<p>Lückenschlüsse Radverkehrs-Haupttroutennetz</p> <p>Der Haushaltsansatz „Radwege an Hauptverkehrsstraßen“ (PSP-Element 5.660301) wird um weitere 1 Mio. € auf 1,5 Mio. € verdreifacht. Zusammen mit den Lead-City-Mitteln aus dem Bundesförderprogramm "Saubere Luft" von 500.000 € für drei Radachsen in Rüttenscheid, Holsterhausen und Frohnhausen stehen in 2019 somit insgesamt 2 Mio. € zum Schließen der noch bestehenden Lücken auf Hauptverkehrsstraßen und weiteren nicht in Tempo-30-Zonen liegenden Straßen zur Entwicklung eines leistungsfähigen Radverkehrsnetzes in Essen für den Alltagsradverkehr zur Verfügung. Die Anlage der Radwege sollte möglichst dem Konzept der Protected Bike Lanes (geschützte Radfahrstreifen) folgen. Dabei wird ein mindestens zwei Meter breiter, geschützter Radfahrstreifen im Straßenraum angelegt. Durch eine aufgemalte Pufferzone von mindestens 85 Zentimetern und eine schnell aufzubringende bauliche Barriere (Poller, Blumenkübel, Betonelemente o.ä.) schützt man die neue Radspur vor dem Überfahren und Zuparken durch den Autoverkehr.</p> <p>Die Begleitforschung zur Grünen Hauptstadt Europas Essen 2017, die von einem Team des Wuppertal Instituts, der Universität Duisburg-Essen, der</p>	- 500.000 €

		<p>Ruhr-Universität Bochum und der Technischen Universität Dortmund umgesetzt wurde, stellt in seinem Monitoringbericht vom 14. September 2018 folgendes fest: „Der Radverkehr sollte bei der Planung von Hauptverkehrsstraßen stärker berücksichtigt werden, um das Rad als Verkehrsmittel im Alltag zu fördern. `Berücksichtigung´ meint dabei sehr konkret, bei Umgestaltungen des Straßenraums dem Radverkehr einen Vorzug zu geben. Wenn vor allem im innerstädtischen Raum weiterhin der motorisierte Individualverkehr im Fokus steht, bleibt eine Erhöhung des Radverkehrsanteils in Zukunft kaum realistisch.“</p> <p>Diese Maßnahmen erfolgen zum Teil haushaltneutral durch Umschichtung der für den Haushaltsansatz „Erneuerung Hauptverkehrsstraßen“ (PSP-Element 5.660200) vorgesehenen 1,1 Mio. € Investitionsmittel, wobei eine Umschichtung von 500.000 € zugunsten der Lückenschlüsse Radverkehrs-Haupttroutennetz erfolgt.</p>	
7	6A	<p>Ausbau des Radschnellrouten-Netz in Essen</p> <p>Der Ausbau eines leistungsfähigen Radwegenetzes in Essen durch kreuzungsarme Routen mit Vorrang für den Radverkehr muss weiter beschleunigt werden. Radschnellrouten bieten ein Mehr an Sicherheit, Komfort und Schnelligkeit, verbessern die Konkurrenzfähigkeit des Fahrrads als alternatives Verkehrsmittel. Die Radschnellrouten werden künftig Teil des Radhaupttroutennetzes der Stadt Essen sein, eingebunden in das regionale Radwegenetz, das der Regionalverband Ruhr derzeit entwickelt.</p> <p>Die Radverkehrs-Maßnahmen (laufende Nr. 5, 13, 14, 15, 16) tragen maßgeblich zur Erhöhung zur Verwirklichung des Ziels der Grünen Hauptstadt Europa 2017 im Hinblick auf eine Erhöhung des Radverkehrsanteils in Essen von derzeit 6 Prozent auf 25 Prozent (Modal-Split) im Jahr 2035 bei.</p>	- 500.000 €
8	6A	<p>Instandsetzung von Radverkehrsanlagen</p> <p>Die bestehenden Radverkehrsanlagen weisen teilweise erhebliche Mängel an den Decken der Bordsteinradwege und Fahrradstraßen sowie an den Markierungen auf. Durch die Instandsetzung von Radverkehrsanlagen werden Sicherheit, Komfort und Schnelligkeit des Radverkehrs erhöht. Diese Maßnahmen verbessern die Konkurrenzfähigkeit des Fahrrads als alternatives Verkehrsmittel und tragen so zur Erhöhung des Radverkehrsanteils im Modal-Split bei.</p> <p>Diese Maßnahmen erfolgen haushaltneutral durch Umschichtung der für den Haushaltsansatz „Erneuerung von Nebenstraßen“ (PSP-Element 5.660303) vorgesehenen 7,6 Mio. € Investitionsmittel, wobei eine Umschichtung von 600.000 € zugunsten der Instandsetzung von Radverkehrsanlagen erfolgt.</p>	
9	6A	<p>Winterdienst und Reinigung von Radverkehrsanlagen</p> <p>Die bestehenden Radverkehrsanlagen sollten regelmäßig gereinigt werden, sodass stets eine sichere und komfortable Nutzung gewährleistet ist. Neben der normalen Reinigung gehört dazu insbesondere der Winterdienst und das schnelle Freiräumen von Laub im Herbst zumindest für das Haupttroutennetz. Diese Maßnahmen verbessern die Konkurrenzfähigkeit des Fahrrads als alternatives Verkehrsmittel und tragen so zur Erhöhung des Radverkehrsanteils im Modal-Split bei.</p>	- 200.000 €
10	6A	<p>Schaffung von zwei weiteren Mobilpunkten</p> <p>Mobilstationen sind ein zentraler Baustein des Umweltverbundes, da dort eine Verknüpfung von ÖPNV, Car-Sharing, Bike-Sharing, Taxi und ggf. S-Bahn-Leistungen angeboten wird. Die Stadt Essen verfügt bereits über die Mobilstationen Steele und Landgericht. Die Ruhrbahn prüft, ca. drei weitere Mobilstationen in den Jahren 2018 bis 2020 zu eröffnen.</p>	- 100.000 €

11	6A	<p>Schaffung von Busspuren</p> <p>Mit Hilfe der Fördermittel des Bundes aus dem Bundesförderprogramm „Saubere Luft“ wird es Mitte 2019 zu einer Taktverdichtung im 5 Minuten-Takt in Hauptverkehrszeiten auf den Buslinien 146, 160/161, 169 und 170 kommen. Damit die Busse jedoch nicht im Stau stecken bleiben, ist die Schaffung eigener Busspuren erforderlich. Diese Busspuren sollten auch für die Nutzung durch Elektrofahrzeuge und Taxis freigegeben werden. Diese Maßnahmen erfolgen haushaltneutral durch Umschichtung der für den Haushaltsansatz „Erneuerung Hauptverkehrsstraßen“ (PSP-Element 5.660200) vorgesehenen 1,1 Mio. € Investitionsmittel, wobei eine Umschichtung von 500.000 € zugunsten der Schaffung von Busspuren erfolgt.</p>	
12	6B	<p>Erstellung eines Stadtmobilitätsplans</p> <p>Der von der Bundesregierung im Rahmen des „Sofortprogramms Saubere Luft“ finanzierte vom Planungsbüro „büro stadVerkehr“ erstellte Masterplan Verkehr Essen 2018 stellt folgendes fest: <i>„Der Masterplan Verkehr ist ein vorhabenbezogenes Gutachten, mit dem die Stadt Essen eine Reduktion der NO₂-Belastungen den in von Grenzwertüberschreitungen betroffenen Straßenräumen erzielen möchte. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass eine übergreifende und strategisch orientierte Bearbeitung des Themas Mobilität in einem separaten integrierten Gesamtkonzept („Stadtmobilitätsplan“) empfohlen wird, in dem sowohl die Ziele als auch die Inhalte sowie die finanziellen Rahmenbedingungen für die Förderung und den Ausbau nachhaltiger Mobilitätsangebote in Essen niedergeschrieben sind. Dieser sollte auch als Grundlage zur regionalen Vernetzung sämtlicher Mobilitätsangebote genutzt werden. Es wird empfohlen sich dabei an den Vorgaben der Europäischen Kommission für einen „Sustainable Urban Mobility Plan (SUMP)“ zu orientieren. Es handelt sich dabei um einen neuen und auf Menschen ausgerichteten Planungsansatz. Im Mittelpunkt der SUMP-Methodik liegt der Fokus auf Lebensqualität und einer hohen Qualität des öffentlichen Raumes. Ein SUMP sollte eine sichere, umweltfreundliche und (kosten-) effiziente Mobilität sowie Zugang zu Arbeitsplätzen und Dienstleistungen für alle garantieren.“</i> Der Haushaltsansatz dient der Erstellung eines entsprechenden gesamtstädtischen Stadtmobilitätsplans durch externe Gutachter. Orientierungspunkt für die Gutachter soll die Verwirklichung des Ziels der Grünen Hauptstadt Europa 2017 im Hinblick auf eine Modal-Split-Aufteilung von 25 % Fußverkehr, 25 % Radverkehr, 25 % ÖPNV sowie 25 % motorisierter Individualverkehr im Jahr 2035 sein.</p>	<p align="right">- 400.000 €</p>
13	6B	<p>Schaffung von 50 Carsharingplätzen</p> <p>Jedes auf Dauer genutzte Carsharingfahrzeug kann zwischen 5 und 12 Privatfahrzeuge ersetzen. Stationsbasiertes Carsharing benötigt feste Stellplätze im Stadtgebiet. Besonders in den verdichteten innerstädtischen Wohngebieten sind solche Stellplätze rar. Da reservierte Carsharingplätze im gewidmeten Straßenraum gem. StVO nicht zulässig sind, stellt die Stadt 50 eigene fiskalische Flächen kostenlos im gesamten Stadtgebiet zur Verfügung. Diese werden ggf. als Parkplätze hergerichtet, zusätzlich mit Fahrrad und Mietradständern ausgestattet, für Carsharing beschildert und als Schutz gegen Falschparker mit umlegbaren Pollern abgesichert. Für diese Maßnahme stehen insgesamt 200.000 € zur Verfügung. 100.000 € werden durch die erwarteten Mehreinnahmen aus dem Sonderposten Ablösebeitrag Stellplätze (PSP-Element 5.660021) gedeckt.</p>	<p align="right">- 100.000 €</p>

Hiltrud Schmutzler-Jäger
Fraktionsvorsitzende